

## Human Rights Update

Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD)  
Top Floor, Narthang Building, Gangchen Kyishong, Dharamsala 176215, H.P., India  
phone/fax +91/1892/23363/25874, e-mail: dsala@tchrd.org, www.tchrd.org  
März 2004

### Inhalt:

1. Chinas Weißbuch zu den Menschenrechten: Nichts als Schönfärberei
2. Portrait einer Gewissensgefangenen: Freiheit durch Urteilsverlängerung vereitelt
3. Wiederaufbau eines Nonnenklosters führt zu Polizeiaktion: Augenzeugenbericht von Dhamchoe Dolma
4. Zwei tibetische Sänger inhaftiert
5. Mönch verhaftet wegen Dalai Lama Bild und tibetischer Nationalflagge
6. China verbietet Buch über sozial-ökonomische und religiöse Freiheit in Tibet
- 7.

### **1. Chinas Weißbuch zu den Menschenrechten: Nichts als Schönfärberei**

Nach Auffassung des TCHRD ist 2003 ein Jahr schwerer, von den chinesischen Behörden in Tibet begangener Menschenrechtsverletzungen gewesen. Die dem TCHRD vorliegenden Informationen beweisen deutlich die anhaltende und systematische Verletzung der Bürgerrechte des tibetischen Volkes, seines Rechts auf Religionsfreiheit und seiner sozial-ökonomischen Rechte.

Am 30. März 2004 veröffentlichte die Informationsabteilung des chinesischen Staatsrats ein Weißbuch mit dem Titel: "Verbesserung der Menschenrechtssituation in China im Jahre 2003" (Progress in China's Human Rights Cause in 2003). Das Weißbuch umfaßt folgende acht Kapitel: Das Recht der Menschen auf den Erwerb ihres Lebensunterhalts und auf Entwicklung; Bürgerliche und politische Rechte; Gesetzliche Garantien für Menschenrechte; Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Rechte und Interessen von Frauen und Kindern; Gleiche Rechte und besonderer Schutz für ethnische Minderheiten; Rechte und Interessen von Behinderten; Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in Menschenrechtsfragen.

Das Weißbuch hebt hervor, daß durch den 10. Nationalen Volkskongreß (NPC) "zum ersten Mal" der Satz "der Staat respektiert und sichert die Menschenrechte" in die chinesische Verfassung aufgenommen wurde. Das TCHRD würde diesen Zusatz begrüßen, falls er ein Anzeichen dafür wäre, daß China allmählich den Prinzipien der Menschenrechte Bedeutung beimißt. Die chinesische Verfassung garantiert den Bürgern bereits die ungehinderte Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Wie man den Aussagen von Flüchtlingen entnehmen kann, hilft diese verfassungsmäßige Garantie jedoch nicht, um den Menschenrechtsverletzungen in Tibet ein Ende zu setzen. Wenn es bei den bisherigen politischen Mustern bleibt, dann wird dieser neue Verfassungszusatz reine Fiktion bleiben und in der Praxis keinerlei rechtliche Garantien nach sich ziehen. Daher fordert das TCHRD die chinesische Regierung dringend dazu auf, sich an ihre verfassungsgemäßen Garantien zu halten und die Menschenrechte ihrer Staatsbürger zu achten.

Das Weißbuch ist eine Studie voller Widersprüche – China rühmt sich seiner "Fortschritte in der Menschenrechtsfrage" und erklärt gleichzeitig, "bei den Menschenrechten bestehe noch viel Raum für Verbesserungen", und "die Regierung bemühe sich weiter aktiv um wirksame Maßnahmen zur fortschreitenden Verbesserung der Menschenrechtssituation in China, um so der Bevölkerung zunehmend die Ausübung ihrer Menschenrechte zu ermöglichen". Tibet wird dem TCHRD zufolge in dem Weißbuch kaum erwähnt, obwohl gerade diese Region Schauplatz der gravierendsten Menschenrechtsverletzungen ist.

Die Chinesen behaupten, "beträchtliche Fortschritte bezüglich der rechtlichen Garantien für Menschenrechte" erzielt zu haben. "Die öffentlichen Sicherheitsorgane haben dem Gesetz konsequent Geltung verschafft und es im Interesse der Bevölkerung angewandt... Menschenrechtsverletzungen wie

der Einsatz von Folter zur Erpressung von Geständnissen, der Mißbrauch von Schußwaffen und polizeilicher Gerätschaften und andere Zwangsmaßnahmen wurden streng geahndet“.

In Tibet sind Folter und andere Formen von Mißhandlung in jeder Phase des Vorgangs der Inhaftierung an der Tagesordnung: bei der Festnahme, während des Transports in die Haftanstalten, in den Untersuchungshaftanstalten und in den Gefängnissen. Verschiedene Arten der Folter werden generell verwendet, um Geständnisse zu erpressen und die Gefangenen zur Preisgabe der Namen von „Komplizen“ zu „bewegen“. Die chinesische Regierung duldet diese Vorgehensweise stillschweigend und sieht keine angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Tibetern, die eines Verbrechens beschuldigt werden, vor. Weiterhin müssen Tibeter an den Folgen exzessiver Folter sterben, es wird ihnen auch die gebührende medizinische Versorgung versagt.

Wie man dem Weißbuch entnehmen kann, gibt China zu, daß die Praxis der Haftverlängerung verbreitet ist: „Im Jahr 2003 wurden Fälle von Haftverlängerung, wovon 25.736 Personen betroffen waren, korrigiert“. Dem TCHRD liegen Informationen darüber vor, daß Champa Chungla, der Sekretär des Komitees für die Suche nach der Reinkarnation des XI. Panchen Lama, immer noch in Haft ist, obwohl er am 16. Mai 2003 hätte entlassen werden sollen. Inoffiziellen Berichten vom April 2003 zufolge steht der Leiter des Suchkomitees, Chadrel Rinpoche, nach der Verbüßung seiner sechsjährigen Haftstrafe weiterhin unter Hausarrest. Mit einer Haftverlängerung werden vor allem die tibetischen Gefangenen bestraft, die durch ihre Persönlichkeit und ihren Status die Aufmerksamkeit der internationalen Medien und Menschenrechtsgruppen auf sich gezogen haben.

Eine wichtige Stelle in dem Weißbuch kommt auch dem 2003 formulierten und in Kraft getretenen Verwaltungsstatut „Bestimmungen zur rechtlichen Vertretung“ zu, mit dem die Regierung das Bürgerrecht auf anwaltliche Vertretung garantiert. Dennoch wurden 2003 die Hinrichtung von Lobsang Dhondup und die Bestätigung des Todesurteils mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub gegen Tulku Tenzin Delek ohne die von ihnen beauftragten Anwälte beschlossen. Beide Männer wurden wegen angeblicher Beteiligung an einer Reihe von Sprengstoffanschlägen in Osttibet verurteilt. Die Hinrichtung von Lobsang Dhondup spricht für die neue chinesische Strategie, welche den gewaltlosen Freiheitskampf der sechs Millionen Tibeter als „Akt des Terrorismus“ denunziert. Des weiteren läßt diese Gerichtsentscheidung die Mängel des chinesischen Rechtssystems erkennen. Beiden Männern wurde eine faire und angemessene anwaltliche Vertretung verweigert. Die Analyse der Ereignisse nach ihrer Verhaftung zeigt, in welchem Umfang China bei der Umsetzung der neuen, in seinem erweiterten Strafrecht enthaltenen Rechtsgarantien versagt.

In den die bürgerlichen und politischen Rechte betreffenden Abschnitten des Weißbuchs steht, China „folge dem Prinzip, dem Menschen als solchem Vorrang vor allem anderen zu geben“. Wenn dem tatsächlich so wäre, käme es einem Erdbeben gleich. Jahrelang wurde in der offiziellen Phrasendrescherei die „nationale Stabilität und die Einheit des Mutterlands“ als vorrangiges Ziel für China genannt. Welche Wichtigkeit China der nationalen Stabilität beimißt, wird durch die Anklagekategorie „Gefährdung der Staatssicherheit“ in seinem Strafrecht deutlich. Die Mehrdeutigkeit des Begriffes wird zur Unterdrückung vielfältiger legitimer Rechte einschließlich der Rechte auf Meinungs-, Rede- und Religionsfreiheit genutzt.

Das TCHRD dokumentierte 2003 siebenundzwanzig Verhaftungen aus politischen Gründen. Ein Großteil davon erfolgte in der TAP Kardze, was auf die Entschlossenheit der chinesischen Führung zur vermehrten Überwachung und Unterdrückung der Tibeter außerhalb der TAR hinweist. Durch die Exekution von Lobsang Dhondup und das Todesurteil gegen Tulku Tenzin Delek wird deutlich, daß China friedliche Unabhängigkeitsaktivitäten als Delikte der „Gefährdung der Staatssicherheit“ und „Spaltung des Mutterlandes“ verfolgt.

In einem kurzen Abschnitt des die bürgerlichen und politischen Rechte betreffenden Teils des Weißbuchs bestätigt die chinesische Regierung, daß „die Bürger im Rahmen des Gesetzes Religionsfreiheit genießen“ und daß „normale religiöse Aktivitäten unter staatlichem Schutz stehen“. Dennoch haben die chinesischen Behörden 2003 ihre Anti-Dalai-Lama-Kampagne in Tibet intensiviert und die hergebrachten religiösen Praktiken massiv eingeschränkt, was eine gravierende Verletzung der religiösen Rechte der Tibeter darstellt.

Pekings Bemühungen zur Verbreitung des Atheismus in Tibet mittels politischer Maßnahmen wie der Kampagne zur "patriotischen Erziehung" und der Anti-Dalai-Lama-Kampagne haben zur Degeneration des tibetischen Buddhismus in den klassischen Disziplinen der Debatte, der Meditation, des entsprechenden Denkens, Schreibens und Anhörens geführt. Vier Mönche aus dem Kloster Khangmar wurden zu langen Haftstrafen von acht bis zwölf Jahren verurteilt, weil sie Gebetszeremonien für den Dalai Lama durchgeführt hatten. Den Einwohnern der Distrikte Kardze und Lithang wurden mit der Beschlagnahmung ihres Landes gedroht, falls sie den örtlichen Behörden nicht innerhalb eines Monats alle in ihrem Besitz befindlichen Porträts des Dalai Lama aushändigten. Die chinesischen Behörden halten den vom Dalai Lama im Mai 1995 als XI. Panchen Lama anerkannten Gedhun Choekyi Nyima nun schon das achte Jahr fest.

China hat wiederholt behauptet, die "Wirtschaft in den Gebieten der ethnischen Minderheiten" hätte sich "rapide weiterentwickelt und der Lebensstandard der dortigen Bevölkerung" hätte sich "deutlich erhöht; so sei die Gesamtproduktion von Tibet und Ningxia um 11,5% gestiegen". Tatsächlich ist Tibet aber weiterhin eine der ärmsten Regionen der Welt. Die von Peking so viel gerühmten Subventionen für Tibet fließen in den von den Besatzern kontrollierten tertiären Sektor. Die Tibeter indessen stellen hauptsächlich den Primärsektor, der nur minimale Subventionen erhält, weshalb sie weiterhin ein Leben in erbärmlicher Armut fristen müssen. Sie haben nur begrenzten oder gar keinen Zugang zu medizinischen Einrichtungen und sterben deshalb häufig an Krankheiten, die leicht geheilt werden könnten. Dieser Sachverhalt steht in krassem Widerspruch zu den chinesischen Behauptungen, man habe "beim Recht der Menschen auf Lebensunterhalt und Entwicklung große Fortschritte erzielt".

Zudem wird das tibetische Volk bei den Planungsverfahren für die Modernisierung Tibets nicht beteiligt; es wird ihm somit das "Recht auf Selbstbestimmung" vorenthalten. Diese Wirtschafts- und Entwicklungsprogramme respektieren in keinerlei Weise die Gefühle, welche die Tibeter ihrem Land, sowie ihrer Kultur und religiösen Identität gegenüber hegen. Im Namen des "Western Development Programme" und des "Umweltschutzes" wurden zahlreiche Tibeter gegen ihren Willen zwangsweise umgesiedelt. Die von Tibetern und Kritikern der Entwicklungsprojekte vorgebrachten und ernst zu nehmenden Bedenken wegen der katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt und das ökologische Gleichgewicht der Region wurden ignoriert. Durch den Zustrom ethnisch chinesischer Zuwanderer nach Tibet erwachsen den geborenen Tibetern immense Probleme beim Erwerb ihres Lebensunterhalts.

Dem Weißbuch zufolge soll "das Bildungsniveau der ethnischen Minderheiten angehörender Bürger gestiegen" sein. In der Plenarsitzung der 60. Versammlung der UN-Menschenrechtskommission (UNHCHR) bezeichnete die UN-Sonderberichterstatterin für Bildung, Katarina Tomasevski, die Bildungssituation in Tibet als "erschreckend". Anfang 2003 übte Frau Tomasevski im Anschluß an ihren Chinabesuch harte Kritik an der chinesischen Bildungspolitik und betonte hierbei besonders das Verbot von Religionsunterricht und die willkürlichen Schulgebühren, die viele Familien in die Verschuldung treiben. Auch die "Minoritätenbildung" in Tibet kritisierte sie scharf und verwies darauf, daß den Minderheiten aufoktrozierte Bildungsmaßnahmen dann deren Menschenrechte verletzen, wenn sie ihnen ihre religiöse und sprachliche Identität verwehren.

Weil den chinesischen Behörden jeglicher Unterricht in Religion zuwider ist, haben sie nun auch die Ngaba Kirti Klosterschule geschlossen, welche 800 Novizen religiöse Bildung zuteil werden ließ. Das tibetische Bildungssystem benutzen sie als Mittel zur Indoktrination mit kommunistischem Gedankengut. Die Schüler werden gezwungen, den Dalai Lama zu verunglimpfen, der Geschichtsunterricht wird ihnen aus chinesischer Sicht erteilt, während die meisten Lehrer inzwischen Chinesen sind.

Nach Auffassung des TCHRD handelt es sich bei der Veröffentlichung dieses Weißbuchs um ein weiteres taktisches Manöver zur Vermeidung einer öffentlichen Verurteilung der chinesischen Menschenrechtspraxis durch das zur Zeit in Genf abgehaltene multilaterale Forum der 60. Versammlung der UNHCHR\*.

Die USA haben sich dafür entschieden, vor der Kommission eine UN-Resolution zur chinesischen Menschenrechtspraxis einzubringen, anhand derer die Mitgliedsstaaten Chinas Menschenrechtsverletzungen entweder kritisieren, verurteilen oder stillschweigend dulden können, falls die Resolution mit der notwendigen Mehrheit verabschiedet wird. Zwischen 1990 und 2002 wurden bei der

UNHCHR zehn China betreffende Resolutionen eingebracht, die alle an dem chinesischen Nicht-Befassungs-Antrag scheiterten, aufgrund dessen die Mitgliedsstaaten entweder für eine Resolution oder dagegen stimmen müssen. Im Jahr 1995 führte der Nichtbefassungsantrag vorerst zu einem "Unentschieden", aber später gab eine Stimme den Ausschlag und mit 20 Stimmen dafür und 21 dagegen bei 12 Enthaltungen wurde die Resolution niedergeschlagen.

Das TCHRD konstatierte ein härteres staatliches Vorgehen, das mit anhaltenden Restriktionen und der Unterdrückung der Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit einhergeht. Willkürliche Festnahmen und Inhaftierung, unfaire Gerichtsverfahren, Folter, Mißhandlungen und Hinrichtungen waren die Regel. Diese Vorgehensweise gegen das tibetische Volk wurde mit der Bedrohung der Nation, der staatlichen Sicherheit und der sozialen Stabilität gerechtfertigt. Solange die Tibeter nicht beteiligt werden und von der Mitgestaltung an den chinesischen Entwicklungsprojekten ausgeschlossen bleiben, sind diese nichts anderes als Assimilationsinstrumente. Entgegen den offiziellen Behauptungen, der Lebensstandard sei gewaltig angestiegen, ist Tibet dem "United Nations Development Program" (UNDP) zufolge nach wie vor eine der ärmsten Gegenden der Erde. Das Bildungswesen wird immer mehr sinisiert, die Unterrichtssprache ist jetzt Chinesisch geworden, während das tibetische Erziehungssystem an den Rand gedrängt wird.

Angesichts all dieser schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet sollte die chinesische Regierung nicht von einem 2003 erfolgten Fortschritt auf dem Gebiet der Menschenrechte sprechen. Da China so viel am Kontakt mit dem Rest der Welt gelegen ist, da es seine politischen Kontakte ausweitet und eine aktive Rolle in der internationalen Arena spielen will, da es seinen Einfluß ebenso wie seine diplomatischen Anstrengungen vergrößert, um eine der Großmächte der Welt zu werden, muß die freie Welt ihrer Verantwortung gewahr werden und sich dafür einsetzen, daß China die Menschenrechte seiner eigenen Bevölkerung sowie die der Tibeter und anderer Volksgruppen auf seinem Staatsgebiet respektiert. Das TCHRD ist der Überzeugung, daß China so lange nicht von echter Entwicklung sprechen darf, wie es ihm an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung für die Menschenrechte mangelt.

*Anm. Auch 2004 war China mit seinem Nichtbefassungsantrag wieder erfolgreich: Bei der Menschenrechtskommission stellten sich 28 von 53 Ländern hinter Chinas Antrag, die von den USA eingebrachte Resolution, welche "Besorgnis über die fortgesetzten Berichte schwerer Einschränkungen der Rechte auf Versammlung, auf Meinungs- Gewissens- und Religionsfreiheit zum Ausdruck brachte", zu blockieren. Auch Indien gehörte zu den Ländern, die für China stimmten.*

## **2. Portrait einer Gewissensgefangenen**

Chokdrub Dolma wurde in einer Nomadenfamilie in der Gemeinde Nyendong, Kreis Dhamshung, Bezirk Lhasa, geboren. Bereits in frühen Jahren trat sie in das Phenpo Gyara Nonnenkloster, Kreis Phenpo, ebenfalls im Bezirk Lhasa, ein.

Am 14. Februar 1995 demonstrierten Chokdrub und dreizehn ihrer Gefährtinnen des Phenpo Gyara Klosters in Lhasa und riefen nach Freiheit für ihre tibetische Heimat. Das Public Security Bureau (PSB) nahm die Nonnen augenblicklich fest und sperrte sie in die Gutsa Haftanstalt im Norden der Stadt ein. Während der langwierigen Verhöre wurden die Nonnen mit heftigen Schlägen vom Sicherheitspersonal traktiert. Nachdem sie sechs Monate inhaftiert waren, wurden sie vor das Mittlere Volksgericht von Lhasa gestellt. Chokdrub Dolma wurde zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt und in das berüchtigte Drapchi Gefängnis verlegt.

Am 1. Mai 1998 wollte die dortige Gefängnisleitung den Internationalen Tag der Arbeit begehen. Zum Flaggenappell wurden an jenem Tag 60 weibliche und 60 männliche politische Gefangene, sowie 600 Strafgefangene im Gefängnishof versammelt. Sie wurden in Reih und Glied gestellt und mußten dann am Fahnenmast vorbeimarschieren. Außerdem wurden sie angewiesen, Leitsprüche wie „ich will hart arbeiten, um mich zu bessern“ oder „... um ein neuer Mensch zu werden“, laut zu wiederholen.

Zu dem Fahnenmasten gewandt fingen die Gefängnisbediensteten und Häftlinge mit der chinesischen Nationalhymne an. Als die Fahne hochgezogen wurde, rief plötzlich ein Strafgefangener aus dem Trakt sechs „Free Tibet“. Laut schrie er Parolen und warf dazu Flugblätter in die Luft. Bald fielen auch die

weiblichen und männlichen politischen Gefangenen ein. Die Gefängnisleitung zitierte die bewaffnete Polizei herbei und befahl ihr auf die Häftlinge zu schießen. Der Protest wurde unerbittlich niedergeschlagen und viele der Insassen mit Urteilsverlängerung bestraft.

Chokdrub Dolma wurde zusammen mit Ngawang Choezom, Dhamchoe Dolma, Yeshe Choedon, Sangay Choedon, Monlam Choenyid, Rinchen Pema, Jangchub Dolma und zwanzig weiteren Nonnen brutal zusammengeschlagen. Viele verloren durch die exzessiven Mißhandlungen das Bewußtsein und hatten von da an gesundheitliche Probleme. Die nächsten drei Monate mußten alle in Einzelzellen zubringen.

Drei Monate später verfügte das Mittlere Volksgericht von Lhasa Urteilsverlängerungen für alle Gefangenen, die bei dem Protest mitgemacht hatten. Chokdrub Dolma bekam zu ihren ursprünglichen sechs Jahren fünf weitere draufgesetzt, womit sie nun eine Haftstrafe von insgesamt 11 Jahren zu verbüßen hat. Sie befindet sich immer noch in Drapchi und ihre Entlassung steht für 2006 an.

### **3. Wiederaufbau eines Nonnenklosters führt zu Polizeiaktion: Augenzeugenbericht von Dhamchoe Dolma**

Dhamchoe Dolma (29) verbüßte eine sechsjährige Haftstrafe im Drapchi-Gefängnis, TAR. Nach ihrer unlängst erfolgten Flucht nach Indien berichtete sie dem TCHRD über ihre politischen Aktivitäten in Tibet und den grausamen Gefängnisalltag in Drapchi.

„Mein Geburtsname ist Dadhon; als ich zur Nonne ordiniert wurde, erhielt ich jedoch den Namen Dhamchoe Dolma. Ich wurde im Dorf Changra in der Gemeinde Changra, Distrikt Lhundup, Bezirk Lhasa City geboren. Zwei Jahre lang besuchte ich die örtliche Regierungsschule. Dann ging ich von der Schule ab, um meinen Eltern bei der Feldarbeit zu helfen. Unsere Familie verdient ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch Landwirtschaft.

Mit siebzehn wurde ich in der Gemeinde Kangkar, Distrikt Phenpo, gelegenen Kloster Shar Bumpa, das gemeinhin unter dem Namen Shargon bekannt ist, zur Nonne geweiht. Als ich in das Kloster eintrat, gab es dort ungefähr sechzig Nonnen. Die meisten von ihnen waren jung, es gab nur wenige ältere Frauen.

Während der chinesischen Kulturrevolution (1966-1976) wurde das Kloster völlig zerstört. Die Anwohner wollten es wieder aufbauen und sammelten Spenden für dieses Vorhaben in ihrer Gemeinde. Wir Nonnen beaufsichtigten die Arbeiten und legten auch selbst eifrig Hand mit an; wir schleppten Baumaterialien wie Zement und Steine zur Baustelle. Während unsere hauptsächliche Tätigkeit darin bestand, die physische Arbeit zu organisieren, gingen wir im Herbst stets in die benachbarten Ansiedlungen, um sammelten dort Spenden. Von einigen wenigen abgesehen hatten wir den Wiederaufbau der fast gänzlich zerstörten Stupas bereits vollendet.

Im März 1993, als der Großteil der Arbeit geleistet war, kam eine Gruppe von Beamten der Distriktverwaltung von Lhundup zur Baustelle. Sie verboten uns, mit dem Wiederaufbau fortzufahren. Des weiteren führten sie eine neue Verordnung zur Begrenzung der Anzahl der Nonnen im Kloster ein. Wir waren dadurch außerordentlich verstört und fühlten uns verzweifelt.

Aus Empörung über die neue Bestimmung fuhren fünf Nonnen, Seldon, Choeying Gyaltzen, Choekyi, Choekyi Wangmo und Gyaltzen Sherab, nach Lhasa und forderten in Sprechchören Freiheit für Tibet. Noch während sie demonstrierten, wurden sie von der chinesischen Polizei festgenommen. Drei PSB-Beamte aus dem Distrikt Phenpo kamen in unser Kloster und setzten uns wegen dieser fünf Nonnen mit Fragen zu.

Weil uns die Einstellung des Wiederaufbaus unseres Klosters so sehr schmerzte und wir nun zudem unter der Verhaftung unserer Mitschwester litten, verlangten wir deren Freilassung, anstatt auf die Fragen der Polizisten zu antworten. Die Beamten befahlen allen Nonnen in den Versammlungsraum zu kommen, jedoch ging keine von uns hin. Statt dessen schlossen einige von uns die Polizisten in den Raum ein. Wir riefen die anderen Nonnen, die sich noch in ihren Zimmern befanden, vors Kloster. Als alle da waren, begannen wir Steine auf den dort geparkten Jeep der Beamten zu werfen. Der Fahrer lief davon und erstattete der PAP (bewaffneten Volkspolizei) unverzüglich Anzeige über die Ereignisse. Kräfte des PSP und der PAP sowie Arbeitsteam-Kader von der Distriktverwaltung kamen zum Kloster gestürzt. Unsere

Familienangehörigen wurden ebenfalls gerufen. Als die Polizeiautos ankamen, hatten die Nonnen eine menschliche Barriere gebildet, um den Fahrzeugen den Weg zu versperren. Die Polizisten drohten, auf uns zu schießen, falls wir den Weg nicht freigäben. Anfänglich schlugen wir ihre Drohungen in den Wind. Unsere Familien und Leute aus der Umgegend, welche die Polizisten mitgebracht hatten, baten uns jedoch inständig nachzugeben, weil sie das Schlimmste befürchteten. Schließlich folgten wir ihnen und gaben den Weg frei. Danach fuhren die Beamten ins Kloster und umstellten es. Sie erzwangen sich Einlaß und befreiten die drei Polizisten, die wir eingeschlossen hatten.

Anschließend beorderten die Beamten alle Nonnen zu einer Versammlung, bei der sie unsere Handlungen verurteilten. Sie warfen uns vor, wir hätten, indem wir die Polizisten eingeschlossen und Steine auf den Jeep geworfen hätten, ein großes Verbrechen begangen und gegen das Gesetz verstoßen. Sie forderten uns auf, den Namen der für diese Tat verantwortlichen Nonnen zu nennen und sie den Behörden zu übergeben. Wir gaben ihnen jedoch keine Namen preis und schickten ihnen auch keine von den verantwortlichen Nonnen. Daraufhin wiesen die Polizisten unsere Familien an, ihren Einfluß auf uns geltend zu machen. Sie wollten unbedingt, daß wir die Namen nennen. Diesmal gaben wir aber nicht nach und gaben keinen der Namen preis. Für den Fall, daß die Polizei zu diesem Zeitpunkt irgendwelche Nonnen verhaftet haben würde, hatten unsere Angehörigen und die Dorfältesten schon geplant, eine menschliche Barriere zu bilden und sich auf die Straße zu legen, um so den Weg zu blockieren. Die Behördenvertreter wußten genau, welches Ausmaß das Ereignis annehmen könnte. Deshalb riefen sie statt dessen alle Nonnen einzeln zu sich; sie zwangen uns, eine Verpflichtung zu unterschreiben, in der wir bestätigen mußten, daß wir künftig keinen solchen Akt des Widerstandes mehr leisten würden. Nicht nur wir mußten dieses Papier unterzeichnen, auch unsere Familienmitglieder und Freunde mußten sich dafür verbürgen, daß wir in Zukunft keine Probleme mehr verursachen würden. Die Beamten bewachten das Kloster die ganze Nacht hindurch, um weitere Protestaktionen zu verhindern. Im Morgengrauen zogen sie schließlich ab.

Später erschienen "Arbeitsteams" aus Lhasa und von der Distriktverwaltung Lhundup und hielten Unterricht zur politischen Erziehung und über die Gesetze der chinesischen Regierung ab. Diese Kader blieben einen Monat lang im Kloster.

Im März 1995 ging ich mit sieben anderen Nonnen, Choeying Kunsang, Namdrol Wangmo, Phuntsok Khachoe, Lobsang Tsomo, Penpa Choekyi, Choekyi und Tenzin Dolma, nach Lhasa, um zu demonstrieren. Wir kamen früh morgens an, aber auf Grund der überaus gründlichen Sicherheitsmaßnahmen konnten wir die Stadt nicht betreten. Wir verbrachten den Tag in den Randgebieten der Stadt. Gegen sechs Uhr abends schafften wir es schließlich zum Barkhor, dem zentralen Markt in Lhasa, zu gelangen. Wir umrundeten ihn und riefen dabei "Tibet gehört den Tibetern; Chinesen raus aus Tibet" und "Lang lebe Seine Heiligkeit, der Dalai Lama".

Innerhalb kürzester Zeit tauchten die für den Barkhor zuständigen PSB-Beamten auf und nahmen uns fest. Anschließend wurden wir in eine Zelle des örtlichen Untersuchungsgefängnisses gesperrt. Dort wurden wir geschlagen und getreten. Dann steckten sie uns in einen Bus und schafften uns ins Hauptquartier des PSB in Lhasa. Während der Fahrt riefen wir weitere Parolen. Daraufhin knebelten sie uns den Mund und drückten uns nieder, damit Passanten uns nicht sehen oder hören sollten. Auf diese Weise erreichten wir das Untersuchungsgefängnis, in dem wir sechs Monate lang inhaftiert wurden. Wir wurden regelmäßig verhört und geschlagen, in Einzelhaft gehalten und durften keine Besuche von unseren Angehörigen und Freunden erhalten. Nach sechs Monaten wurden wir vor das Mittlere Volksgericht von Lhasa gestellt, wo wir alle der "konterrevolutionären Propaganda" schuldig gesprochen und zu langen Strafen verurteilt wurden. Namdrol Wangmo und ich wurden zu sechs Jahren Haft verurteilt, die anderen Nonnen erhielten vierjährige Haftstrafen.

Am 29. Juli 1995 wurden sechzig Nonnen einschließlich meiner selbst und dreier weiterer weiblicher politischer Gefangener ins Drapchi-Gefängnis verlegt. Früher bestand Drapchi aus drei Abteilungen. Die ersten beiden waren für männliche Häftlinge bestimmt, die dritte für die weiblichen. Angesichts der großen Anzahl der am 29. Juli neu eingetroffenen weiblichen Gefangenen wurde eine weitere Abteilung benötigt. Wir mußten uns täglich in Reih und Glied aufstellen und bekamen eingetrichtert, wie man auf Soldatenart marschiert. Soldaten hatten die Aufsicht über diese Prozedur. Beim geringsten Fehler schlugen sie uns

mit ihren Gürteln. Manchmal ließen sie uns auch in der sengenden Hitze stramm stehen. Wir wurden oft bestraft, denn die Anweisungen wurden auf Chinesisch erteilt, was wir kaum verstanden.

Während der chinesischen Flaggenzeremonie am 1. und 4. Mai 1998 weigerten sich die politischen Gefangenen von Drapchi, die chinesische Nationalhymne zu singen. Rasend vor Wut attackierten die Polizisten die politischen Häftlinge. Viele von uns wurden schwer verletzt, und mehrere Gefangene bewusstlos geprügelt. Drei Nonnen und fünf männliche politische Gefangene wurden durch die Schüsse getötet, welche das Sicherheitspersonal wahllos auf die Protestierenden abfeuerte. Viele Gefangene wurden im nachhinein mit Haftverlängerungen bestraft.

Im Juni 1998 versammelten die Polizisten alle Nonnen, um ihnen das Lied beizubringen, das sie beim Besuch der örtlichen politischen Führung im Gefängnis vorzutragen hatten. Wir alle weigerten uns jedoch, das Lied zu lernen. Man drohte uns mit Bestrafung, falls wir das Lied nicht lernten. Wir weigerten uns immer noch. Also zwang man uns dazu, von 9.00 bis 17.00 Uhr in der prallen Sonne stramm zu stehen, lediglich eine Stunde Pause um die Mittagszeit wurde uns zugestanden. In jener Nacht gegen 23.00 Uhr kamen Soldaten in meine Zelle und brachten mich in einen anderen Raum, um mich zu verhören. Sie waren zu fünft. Sie fragten mich ständig, warum ich mich weigere, das Lied zu lernen. Ich antwortete nicht. Da schlugen sie mit einem elektrischen Viehstab auf mich ein, bis ich bewusstlos wurde. Als ich wieder zu mir kam, fragten sie mich, ob ich jetzt das Lied lernen und singen würde. Als ich es ablehnte, drohten sie mit dem Viehstab auf mich ein, bis ich durch den Schock wieder das Bewußtsein verlor. Ich erwachte auf dem Boden des Waschrums in meinem Zellengang. Ich hatte eingenäßt und eingekotet. Weil mein Mund so geschwollen war, konnte ich nicht mehr sprechen. Mein Gesicht war mit Blutergüssen und offenen Wunden übersät. Sieben Tage lang wurde ich in diesem Zustand im Waschraum gelassen. Danach wurde ich in eine Einzelzelle verlegt und erhielt nur eine Mahlzeit am Tag. Die Nahrung reichte kaum zum Überleben. Die Soldaten gaben mir gerade so viel zu essen, daß ich nicht sterben würde. Ich bekam eine Schüssel Wasser und eine kleine Schale Reis. Sechs Monate lang sperrten sie mich in die Einzelzelle ein, danach schickten sie mich wieder in meine Abteilung zurück. Dort war alles ganz anders geworden als vor meiner Einzelhaft. Die Sicherheitsvorkehrungen waren rigoros verschärft worden. Seit den Ereignissen am 1. und 4. Mai durften die Häftlinge nicht mehr in den Hof gehen; sie blieben immer in ihren Zellen eingeschlossen. Wir erhielten politische Schulungen. Außerdem mußten wir Pullover stricken. Wenn die Wolle dick war, mußten wir fünf Pullover im Monat fertig bringen, bei dünner Wolle waren es drei. Falls wir die festgesetzte Quote nicht erreichten, mußten wir die Nacht über durcharbeiten und wenn wir dann immer noch nicht fertig waren, wurde uns der monatliche Familienbesuch gestrichen.

Nach der vollständigen Verbüßung meiner sechsjährigen Strafe wurde ich am 24. Februar 2001 aus der Haft entlassen. Zur Zeit meiner Entlassung waren noch sechs Nonnen aus meinem Kloster im Drapchi-Gefängnis inhaftiert." Dhamchoe Dolma kam im März 2004 in Dharamsala an.

#### **4. Zwei tibetische Sänger inhaftiert**

Wie von RFA am 3. April berichtet, haben Mitarbeiter des Public Security Bureau des Distrikts Tongde einen tibetischen Sänger und einen Liedermacher, die sie beschuldigten, daß ihre Lieder eine politische Botschaft enthielten, festgenommen. Niemand kennt ihren derzeitigen Aufenthaltsort.

Am 10. März wurden Namkha und Bagocha aus dem Distrikt Tongde, Provinz Qinghai, wegen vermeintlicher politischer Anspielungen ihrer Musikstücke, welche die Titel "Tsenpoe Ponya" (Königlicher Bote) und "Amdo Phagod" (Held aus Amdo) tragen, verhaftet. Bei den Tibetern der Gegend waren ihre CDs sehr beliebt, und die Lieder genossen große Popularität.

Die Sicherheitsbeamten gingen sogar in die Klöster und verlangten von den Mönchen die Herausgabe der CDs. Man drohte ihnen mit ernsthaften Konsequenzen, falls Aufnahmen von Namkhas Musik bei ihnen gefunden würden. Namkha und Bagocha stammen beide aus den Nomadengebieten von Qinghai. Bagocha ist Mönch im Kloster Bashangtri im Distrikt Tongde.

## **5. Mönch verhaftet wegen Dalai Lama Bild und tibetischer Nationalflagge**

Das TCHRD erhielt bestätigte Information, daß das Public Security Bureau am 12. Februar bei einer geheimen Razzia im Kloster Gaden den 25-jährigen Mönch Choeden Rigzin verhaftete. Nachdem die Polizisten ein Foto des Dalai Lama und eine tibetische Nationalflagge in seinem Zimmer gefunden hatten, führten sie ihn sofort ab. Es ist nicht bekannt, wo er hingebracht wurde, aber vermutlich ins Untersuchungsgefängnis Gutsa außerhalb von Lhasa.

Am folgenden Tag nahm das PSB zwei Freunde von Choeden Rinzen, Tsuchung und Thargyal, auf Verdacht, ebenfalls in das „Verbrechen“ involviert zu sein, fest. Die beiden wurden später jedoch wieder freigelassen und durften ins Kloster zurückkehren.

Fünf Tage nach der Verhaftung kamen sechs Polizeibeamte nach Gaden und riefen die Mönche zu einem Meeting zusammen; ungefähr 500 Mönche versammelten sich in der Halle. Die Offiziellen erklärten ihnen, Choeden Rigzin habe ein Verbrechen begangen und gegen die nationalen Gesetze verstoßen, weshalb er mit Gefängnishaft bestraft würde. Sie warnten die übrigen Mönche des Klosters, sich aller Aktivitäten der „Spaltung des Mutterlandes“ zu enthalten und untersagten ihnen, Bilder des Dalai Lama bei sich zu haben.

Choeden Rinzen (25) wurde im Dorf Moshang, Kreis Meldrogongkar, Bezirk Lhasa, geboren. 1992 trat er ins Kloster Gaden ein. Als die Behörden alle staatlichen Angestellten anwiesen, ihre Zöglinge aus den Klöstern nach Hause zu holen, nahmen auch Choedens Eltern ihren Sohn für zwei Monate aus dem Kloster.

## **6. China verbietet Buch über sozial-ökonomische und religiöse Freiheit in Tibet**

Ein auf Chinesisch geschriebenes Buch einer tibetischen Autorin mit Titel „Notizen über Tibet“ (chin. Xizang Biji) wurde im September 2003 von der Regierung der Autonomen Region Tibet verboten, wie von TIN in London berichtet wird.

Bei dem Buch handelt es sich um eine Sammlung von Aufsätzen, in denen die Autorin diverse Orte und ihre Begegnungen mit Menschen in Tibet schildert. Von den 38 in dem Buch enthaltenen Essays erschienen den Behörden zehn als dermaßen kontrovers, daß sie das Buch verboten. In diesen zehn Aufsätzen beschreibt die Autorin unter anderem die tief verwurzelte Achtung der Tibeter für den Dalai Lama, das Dilemma und die politische Einengung, in der sich ein tibetischer Mönch befand, der in offizieller Mission ins Ausland geschickt wurde, sowie die Vertreibung einiger chinesischer Nonnen aus dem buddhistischen Institut Serthar.

Oser, eine Dichterin und Verfasserin einer Reihe von Artikeln auf Chinesisch, wurde 1966 in Lhasa geboren, doch zog die Familie bald in ihre Heimat, nämlich nach Derge (chin. Dege) in Kham, Sichuan, zurück. 1988 machte sie an der chinesischen Abteilung des Instituts für südwestliche Minderheiten (chin. Xinan minzu xueyuan) in Chengdu ihren akademischen Abschluß. Ihr erstes Buch „Für Tibet“ (chin. Xizang zai shang) ist ein Gedichtband, der 1999 von dem Volksverlag von Qinghai herausgebracht wurde.

TIN berichtet weiter, die Autorin wohne gegenwärtig in Peking. Ihre Arbeitseinheit, die Vereinigung für Literatur und schöne Künste der TAR (chin. Xizang zizhi qu wenlian) hat ihr nahegelegt, sie möge zurückkehren, allerdings unter der Bedingung, daß sie ihren politischen Fehltritt eingesteht. Es scheint indessen, daß die Autorin nicht gewillt ist, dem Druck nachzugeben.